

DHV Prüfungsverband Kajen 12 20459 Hamburg

Persönlich / Vertraulich

ZENTRALKONSUM eG

Herrn Martin Bergner

- Vorstandssprecher –

Neue Grünstraße 18

10179 Berlin

Übermittlung per E-Mail: bergner@zentralkonsum.de

Hamburg, 3. Juli 2014

Dr Km / - /sg

**Ihr Schreiben an den Bundesminister der Justiz (BMJ), Herrn Bundesminister Heiko Maas,
vom 2. Juni 2014**

Sehr geehrter Herr Bergner,

Sie haben mich im Rahmen unserer Besprechung in Ihrem Haus am 11. Juni 2014 um meine Meinung zu Ihrem o.a. Schreiben an den BMJ gebeten. Ihrem Wunsch komme ich gern nach; bitte sehen Sie es mir nach, wenn ich dazu etwas weiter aushole.

Das mit Ihrem Schreiben übersandte neueste Buch von Wilhelm Kaltenborn „Schein und Wirklichkeit...“ enthält neben der wohlthuenden Horizonterweiterung des genossenschaftlichen Gedankens über die Rechtsform hinaus eine umfassende und nach meiner Beurteilung durchaus ausgewogene Beschreibung der heutigen „Genossenschaftswelt“. Und zwar eine Beschreibung mit allen ihren guten Ansätzen, aber auch mit dem Hinweis auf die frühe Verbiegung durch das NS-Regime, deren Korrektur bis heute von selbstgefälligen Funktionären verhindert worden ist.

Eben diese Funktionäre haben sich das System zu einer Art „Naturschutzgebiet für Prüfungsverbände“ ausgebaut, und zwar insbesondere in Gestalt faktisch nicht abwählbarer Vorstandsvorstände (Hinweis von Kaltenborn auf die jüngste Satzungsänderung beim Genossenschaftsverband e.V.) sowie engste Einbindung von Genossenschaftsgremien in filigran konzipierte vielfältige scheindemokratische Verbandsstrukturen und – institutionen; diese Form der Korruption der Gremienmitglieder von Genossenschaften im Verbund mit der systematischen Außerkraftsetzung des Wettbewerbs am genossenschaftlichen Prüfungsmarkt sowie der systematischen Ignorierung der für alle anderen Rechtsformen essentiellen Ausschlussregelung für Prüfer bei Interessensüberschneidungen (§ 319 HGB) hat zu einem beklagenswerten Zustand geführt, der – wegen der geschilderten Meinungsgleichschaltung – innerhalb des „Genossenschaftswesens“ zwar zunehmend, aber

nur hinter vorgehaltener Hand, kritisiert wird und welcher der allgemeinen Öffentlichkeit bislang weitgehend verborgen geblieben ist. Ein für unsere Volkswirtschaft wie auch für die gesellschaftliche Entwicklung insgesamt hochrelevanter Bereich liegt damit gewissermaßen im Halbschatten und kann die ihm innewohnenden Potentiale nicht so entwickeln wie es machbar und wünschenswert wäre. Das hat der genossenschaftlich getragenen Wirtschaft, insbesondere den operativen Primär-genossenschaften und ihren Mitgliedern, welche Basis und Kern der Genossenschaftswelt sind, bis heute unzweifelhaft mehr geschadet als genutzt. Ein erfolgsversprechendes Zukunftsmodell sieht so sicher nicht aus!

Alles dies kann nicht oft und nicht klar genug öffentlich kundgetan werden; dies ist ein großes Verdienst von Herrn Kaltenborn. Ich hoffe es wirkt nicht unbescheiden, wenn ich in diesem Zusammenhang auf meinen am 7. Februar 2011 in der FAZ veröffentlichten Artikel „Frischer Wind für Genossenschaften“ – Anlage zu diesem Schreiben – hinweise, welcher, außer meiner nicht mehr bestehenden Mitgliedschaft bei der dort genannten Sozietät, nichts an seiner Aktualität eingebüßt hat.

Unmittelbar zu Ihrem Schreiben

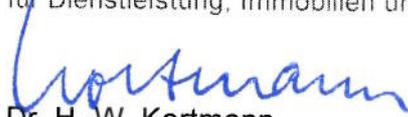
Ihren Vorstoß gegenüber dem BMJ halte ich für äußerst begrüßenswert. Wegen der o.a. faktischen systeminternen Meinungsgleichschaltung und dem mangelnden Interesse der allgemeinen Öffentlichkeit, dem gleichwohl aber bestehenden akuten objektiven Handlungsbedarf zur Stärkung des Genossenschaftsgedankens wird es ohne durchgreifende Maßnahmen des BMJ in Richtung auf die Durchsetzung der Einhaltung bestehender Rechtsvorschriften (z.B. HGB-Prüferausschluss bei Interessensüberschneidung, Kartellrecht) und insbesondere im Hinblick auf eine Veränderung des Rechtsrahmens (Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft) zu keiner Verbesserung kommen.

Wir als DHV-Prüfungsverband verstehen uns als Sachwalter der Genossenschaftsidee in dem von Herrn Kaltenborn dargestellten erweiterten Verständnis, in dem wir Genossenschaften ausschließlich im Interesse ihrer Mitglieder, im Zweifel weit über die eG-Rechtsform hinaus, jedenfalls niemals mit irgendwelchen überlagernden ordnungspolitischen Interessen im Hintergrund umfassend prüfen und beraten. Wir verstehen uns als Vorreiter einer Zeit ohne Pflichtmitgliedschaft, in dem wir den Genossenschaften durch unser duales Geschäftsmodell (strategische Zusammenarbeit zwischen DHV-Prüfungsverband und Hanseatische Mittelstands Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft) schon heute die vollen Möglichkeiten der „freien Wirtschaftsprüferwelt“ zugänglich machen. Die Überwindung der uns hierbei von den etablierten Großverbänden entgegengestellten Hürden kostet uns viel unnötige Energie und Zeit, beflügelt uns jedoch in der weiteren Intensivierung unserer Anstrengungen.

Vor diesem Hintergrund wären wir im Rahmen unserer zeitlichen und finanziellen Möglichkeiten in der Lage und bereit, Ihre Initiative gegenüber dem BMJ zu unterstützen. Denn nur über diesen Weg, der allerdings Schwung und Stehvermögen voraussetzt, wird es einen Fortschritt geben. Meine Vorstandskollegen, Frau Astrid Busch, die heute an Ihrer Veranstaltung teilnehmen wird, und Herr Stephan Fischer, stehen hierbei im Schulterschluss mit mir.

Mit freundlichen Grüßen

DHV Genossenschaftlicher Prüfungsverband
für Dienstleistung, Immobilien und Handel e.V.



Dr. H.-W. Kortmann
Wirtschaftsprüfer

Anlage: FAZ-Artikel „Frischer Wind für Genossenschaften“